

An den Landrat des
Rhein-Kreises Neuss
Herrn Hans-Jürgen Petrauschke
Kreisverwaltung

Dienstag, 11. Mai 2021

Sitzung des Kreistags am 30. Juni 2021

Antrag: Rhein-Kreis Neuss auf dem Weg zum sicheren Hafen

Sehr geehrter Herr Landrat Petrauschke,

die Kreistagsfraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bitten Sie, den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten **Sitzung des Kreistags am 30. Juni 2021** zu setzen.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt:

1. Der Rhein-Kreis Neuss erklärt seine tiefgreifende Solidarität mit Menschen, die sich weltweit auf der Flucht befinden oder Fluchterfahrungen haben, und der Initiative „Seebrücke – Schafft sichere Häfen“ sowie ihren Zielen.
2. Der Rhein-Kreis Neuss folgt dem Beispiel zahlreicher Landkreise, Städte und Kommunen und tritt dem Bündnis „Seebrücke“ bei, um an der Gestaltung einer menschenrechtskonformen Asyl- und Migrationspolitik, im Rahmen seiner Möglichkeiten und in Abstimmung mit den Kreiskommunen, die beteiligend aktiv werden möchten, mitzuwirken. Diesbezüglich setzt sich der Kreis mit allen Kommunen auseinander und wird koordinierend tätig sein.
3. Der Kreistag fordert die Bundesregierung und die EU auf, sich verstärkt für sichere Fluchtwege, für die effektive Bekämpfung von Fluchtursachen und für eine humane europäische Flüchtlingspolitik einzusetzen sowie der Kriminalisierung von Seenotretter*innen entschlossen entgegenzutreten.

Begründung:

Das Sterben von Menschen auf der Flucht, insbesondere auf dem Mittelmeer, nimmt kein Ende. Jedes Jahr sterben tausende Menschen, oft auf tragische Weise, auf der Suche nach Schutz. Die Corona-Krise hat eine ohnehin unerträgliche Situation noch weiter entflammen lassen. Die Bedingungen der Unterbringung in den vielen Geflüchtetenlagern – an den EU-Außengrenzen und weltweit – sind lebensbedrohlich; die dort lebenden Menschen müssen unter erheblicher Unterversorgung, u.a. an Nahrungsmitteln, sauberem Trinkwasser und laufendem Wasser zum Händewaschen, hygienischen Sanitäranlagen, medizinischer Versorgung, etc., leiden. Dem Coronavirus sind diese Menschen schutzlos ausgeliefert, immer wieder kommt es zu verheerenden Ausbrüchen. Die Verzweiflung unter den dort untergebrachten Menschen ist verständlicherweise riesig und wächst von Tag zu Tag. Viele Geflüchtete müssen schon seit mehr als fünf Jahren in Lagern ausharren, die nicht annähernd für die derzeitige Auslastung ausgelegt und schon längst über die Kapazitätsgrenzen hinausgewachsen sind.

Diese Zustände, die gegen die Menschenwürde verstoßen, sind nicht aufgrund eines tatsächlichen Ressourcenmangels in der EU oder der Welt entstanden; sie sind politisch herbeigeführt, geduldet und/oder gewollt. Die EU setzt mit den schockierenden Bedingungen in den Lagern an den Außengrenzen auf gezielte „Abschreckung“, um weltweite Fluchtbewegungen durch rücksichtslose Symbolpolitik zu steuern anstatt konsequent zur weltweiten Bekämpfung von Fluchtursachen beizutragen. Diese Strategie ist nicht nur ineffektiv, sie ist menschenverachtend und muss sofort drastisch korrigiert werden. Die Flüchtlingslager müssen umgehend aufgelöst und die dort untergebrachten Menschen auf sichere „Ankunftshäfen“ verteilt werden.

Für Geflüchtete, die im Mittelmeer zu ertrinken drohen, gibt es noch immer keine EU-Rettungsmission. Werden diese Menschen von privaten Organisationen gerettet, müssen sie oft wochenlang auf den Schiffen warten, weil die europäischen Anrainerstaaten des Mittelmeers ihnen die Einfahrt in einen sicheren Hafen verweigern, während die Seenotretter*innen für das Retten von Menschenleben kriminalisiert werden. Umso wichtiger ist es, dass der Rhein-Kreis Neuss zum „sicheren Hafen“ wird!

Die katastrophale Situation für Geflüchtete macht ein sofortiges Handeln – über das bisherige Maß hinaus – erforderlich. Wir brauchen jetzt solidarische Kreise und Kommunen, die – insbesondere in Anbetracht der noch immer fehlenden europäischen Lösung für das Sterben von Menschen auf der Flucht zu stoppen – der Bundes- und Landesregierung signalisieren, dass Geflüchtete und Schutzsuchende in deutschen Städten aufgenommen werden können, sollen und müssen. Der Rhein-Kreis Neuss muss seiner Vorbildfunktion gerecht werden und gemeinsam mit den dazu bereiten Kommunen des Kreises einen (lebens-)wichtigen Beitrag für Menschen auf der Flucht leisten und sich im Rahmen der Initiative „Seebrücke – Schafft sichere Häfen“,



Fraktionsbüro
Platz der Republik 11
41515 Grevenbroich

Tel. +49 2181 2250 20
Fax +49 2181 2250 40
kreistagsfraktion@spd-kreis-neuss.de



Fraktionsbüro
Schulstr.1
41460 Neuss

Tel. +49 2131 1666 81
Fax +49 2131 1666 83
fraktion@gruene-rkn.de

gemeinsam mit Bündniskommunen, für einen humanen Korrekturwechsel in der internationalen Politik einsetzen.

Mit freundlichen Grüßen

Simon Rock
- Fraktionsvorsitzender (GRÜNE) -

Udo Bartsch
- Fraktionsvorsitzender (SPD) -

Swenja Krüppel
- stellv. Fraktionsvorsitzende (GRÜNE) -

gez. Elias Ackburally
- Kreistagsabgeordneter (GRÜNE) -